

Juni 2008

news news news news news

Risikoentsorgung für die Geschäfte der Mobilfunkindustrie: Stellungnahme zum Abschluss des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms

(18.6.2008) Die Bundesregierung und die Medien geben heute eine unverantwortliche Entwarnung: Handys und Mobilfunkstrahlung seien ungefährlich. Nur bei Kindern gäbe es noch offene Fragen. Aber: gerade die Studien, die Gesundheitsgefahren für Kinder hätten klären können, wurden aus dem Forschungsprogramm der Regierung genommen oder verfälscht, so die bereits projektierte Studie zur Auswirkung auf die Gehirnfunktionen, die von der Universität Wien vorgeschlagenen Studien zu Kindern (1), Feldstudien zur Auswirkung von Sendemasten und zur Strahlenminimierung.

Es ist wie beim Klimawandel, Asbest, Rauchen und PCB – um des Geschäftes Willen wird vertuscht und auf Zeit gespielt. Das sagen nicht nur wir, sondern auch die Europäische Umweltagentur (2) und internationale Wissenschaftskommissionen.

Während sich Umweltminister Gabriel dem Druck der Mobilfunklobby beugt gibt die Russische Strahlenschutzkommission RNCNIRP im April 2008 ihren dramatischen Appell zur Gefährdung der heranwachsenden Generation von Kindern durch Mobilfunk heraus und veröffentlicht Studien dazu (download auf www.der-mast-muss-weg.de) - stellen im Mai auf dem Kongress in Thessaloniki (3) zum Mobilfunk, unter Schirmherrschaft des griechischen Erziehungsministeriums, internationale Experten besorgniserregende Forschungsergebnisse besonders zur Gefährdung von Kindern und Schwangeren vor veröffentlicht die französische Presse am 15.6.2008 eine eindringliche Vorsorge-Warnung von 20 führenden französischen Krebspezialisten, initiiert von dem Arzt David Servan Schreiber erscheint letzte Woche von der Südtiroler Ärztekammer und der Verbraucherzentrale Südtirol ein Flyer "Die Gesundheit ist in Gefahr -Risiko Mobilfunk" beweisen mehr als 4 internationale Studien aus Schweden, Russland, Deutschland und Österreich inzwischen die hohe Genotoxizität der UMTS Strahlung.

Die Studienergebnisse der Wiener UMTS-Studie wurden bereits 2006 Minister Gabriel von den Forschern vorgelegt. Minister Gabriel ignoriert nachweislich diese Ergebnisse. Dies deckt die deutsche Wissenschaftlervereinigung Kompetenzinitiative e.V. in einer aktuellen Dokumentation "Angebliche und tatsächliche Manipulationen im UMTS-Staat oder Wie der Strahlenschutz das Strahlenrisiko verdoppelt" (16.6.2008) auf (4). Der Staat missachtet diese Erkenntnisse und den Vorsorgegedanken. Er ist über die Telekom selbst am Geschäft beteiligt. Die Parteien sind allesamt auf höchster Ebene mit der Mobilfunkindustrie verflochten (5). Für 50 Milliarden Euro Lizenzgebühren wurde der Staat gekauft und verkauft jetzt unsere Gesundheit.

Die Bürgerinitiativen werden jetzt ihre Aufklärungsarbeit verstärken, um dieses lobbyistische Verharmlosungs- und Schweigekartell zu durchbrechen. Wir fordern die sofortige mögliche Minimierung der Strahlenbelastung, Aufklärung der Bevölkerung und mit Hochdruck eine Forschung für eine Kommunikationstechnologie, die gesundheitsverträglich ist.

Nachweise:

(1) Machbarkeitsstudie zur Untersuchung altersabhängiger Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder auf der Basis relevanter biophysikalischer und biologischer Parameter, Gernot Schmid et.al, 2005, Im Auftrag des BfS. Siehe dazu auch die Rede des BfS-Präsidenten König vom 28.4.2005, Homepage www.bfs.de.

(2) Frau Prof. McGlade, Direktorin der Europäischen Umweltagentur, aufgrund eines 600 Seiten starken Berichtes der Bioinitiative Working Group nach Prüfung von 2.000 Studien : „Es gibt genügend Beweise für Wirkungen auch bei schwacher Strahlung, so dass wir jetzt handeln müssen. Nach mehr als zehn Jahren Handynutzung erhöht sich das Hirntumorrisiko um 20 bis 200 Prozent. Sie stören Zellprozesse. Und wenn das über einen langen Zeitraum passiert, können diese Störungen natürlich zu Langzeiteffekten wie Krebs führen. Und das sind die Effekte, die uns am meisten beunruhigen.“ (Oktober 2007)

(3) 1st Hellenic Congress on the effects of Electromagnetic Radiation with international participation , Mai 2008, Tagungsband auf

http://multimedia.biol.uoa.gr/Synedrio_Thess/Sunday.htm

(4) Download der Dokumentation auf www.kompetenzinitiative.de.

(5) Dokumentation zur Verflechtung und Lobby auf:

http://www.der-mast-muss-weg.de/120mobilfunk_und_politik.htm.

Quelle: *Presseerklärung 18.6.2008, Verein zum Schutz der Bevölkerung vor Elektrosmog e.V. / Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart West, www.der-mast-muss-weg.de.*

Übersicht

EU plant Verkaufsverbot für Glühbirnen ab 2009 als Klimaschutzmaßnahme

(18.6.2008) Die klassische Glühbirne hat ausgedient. Nachdem zuletzt bereits Neuseeland ein Verkaufsverbot angekündigt hatte, will die Europäische Union nachziehen und den Vertrieb herkömmlicher Glühbirnen ab 2009 schrittweise verbieten. In Australien wurde die Verwendung der Glühbirne zur Lichterzeugung schon vor rund einem Jahr untersagt. Das Aus für die Glühlampe soll nun auch in Europa zu Klimaschutz und Energiesparsamkeit beitragen. Ein Plan der Europäischen Kommission sieht vor, die klassische Glühbirne flächendeckend zu verdrängen, berichtet die Rheinische Post (RP). Indem künftig ausschließlich moderne Energiesparlampen verfügbar gemacht werden, soll in europäischen Haushalten tonnenweise CO2 gespart werden. "Die Anschaffung von Energiesparlampen hat sich für die Verbraucher schon immer rentiert. Dadurch kann gleichzeitig Geld gespart und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden", meint Juliane Braun, Leiterin Corporate Communications beim Glühlampen-Hersteller Osram, im Gespräch mit presstext.

Klassische Glühbirnen nutzen nur etwa fünf Prozent der verbrauchten Energie zur Lichterzeugung, während der Rest als Wärme verloren geht. Mit dieser Energieverschwendung soll ab dem Frühjahr 2009 Schluss sein. "Mitte des kommenden Jahrzehnts wird die Glühlampe in Europa verschwunden sein", prognostiziert Jürgen Waldorf, Experte des Zentralverbandes Elektroindustrie. Allerdings sei vor Engpässen gewarnt, sollte der EU-Plan kürzere Übergangsfristen als 2015 vorsehen. Pro Jahr verschlingt die Lichtversorgung europäischer Haushalte rund zwei Mrd. Glühlampen. Als Teil des Klimaschutzpakets der EU soll das Glühlampenverbot dazu beitragen, die europäische Energieeffizienz bis 2020 um 20 Prozent zu steigern. Allein in Deutschland wird mit einer Kohlendioxid-Reduktion von 4,5 Mio. Tonnen gerechnet (Europa: 23 Mio. Tonnen).

Die sogenannten Kompaktleuchtstofflampen weisen gegenüber Glühbirnen den Vorteil auf, im Verhältnis zur Energiezufuhr eine höhere Lichtausbeute zu haben. Darüber hinaus verfügen sie über eine bedeutend höhere Lebensdauer. Angaben der Europäischen Kommission zufolge dürfen die Verbraucher in Europa von Einsparungen in Höhe von fünf bis acht Mrd. Euro ausgehen. "Auch für uns als Hersteller tragen innovative Produkte stärker zum Profit bei als veraltete", so Braun gegenüber presstext. Der Stromverbrauch in Deutschland soll um bis zu 7,5 Mrd. Kilowattstunden sinken. Vonseiten der deutschen Regierung, die das Glühbirnenverbot selbst im Koalitionsvertrag verankert hat, wird der geplante Ausstieg begrüßt. Verbraucherschützer sprechen sich zwar für das Vorhaben aus, kritisieren jedoch den "unnötigen Protektionismus" der EU, so die RP. Energiesparlampen aus China seien seit 2001 mit Zöllen von bis zu 66 Prozent belegt, was den Europäern jährlich Mehrkosten von 100 Mio. Euro beschere.

World Allergy Organization beleuchtet weltweite Allergiebelastungen

(18.6.2008) Die World Allergy Organization (WAO) veröffentlicht ihren ersten Bericht über das Ausmaß von Allergien und chronischen Atemwegserkrankungen weltweit am 18. Juni 2008 und ruft zur sofortigen Zusammenarbeit auf, um die derzeitige Zunahme von Allergiefällen zu bekämpfen. Während der letzten 20-30 Jahre hat die Verbreitung allergischer Erkrankungen deutlich zugenommen – ein Trend, der keine Anzeichen eines Rückgangs zeigt.

Es wird angenommen, dass 400 Millionen Menschen weltweit unter allergischer Rhinitis leiden und 300 Millionen Menschen weltweit an Asthma erkrankt sind, was zu geschätzten Kosten führt, die die Ausgaben für Tuberkulose und HIV/AIDS zusammengenommen noch übertreffen. Eine der alarmierendsten Erkenntnisse der Studie ist, dass während das Auftreten von Allergien und damit in Zusammenhang stehender Erkrankungen deutlich zugenommen hat, die Anzahl der Ärzte, die für die Diagnose und Behandlung von Allergien ausgebildet sind, abgenommen hat, was dazu führt, dass die Erkrankungen bei vielen Patienten nicht diagnostiziert und nicht behandelt werden. Der Statusbericht der World Allergy Organization ist ein erster aber grundlegender Schritt, um diese Situation zu anzugehen.

Professor G. Walter Canonica, Präsident der WAO, kommentiert die Ergebnisse des Berichts folgendermassen: "Dieser erste Statusbericht der World Allergy Organisation stellt ein betrübliches Bild des zunehmenden Auftretens aller Arten von allergischen Erkrankungen wie allergisches Asthma, Nahrungsmittelallergien, Anaphylaxie und Nasenschleimhautentzündungen dar. Jedoch nehmen die Möglichkeiten zur Behandlung nicht proportional zu; es gibt daher weltweit einen dringenden Bedarf für einen verbesserten Zugang zu zugelassenen Allergiemedikamenten. Die WAO nimmt eine führende Rolle bei der Analyse dieser Herausforderungen und bei der Lösungsfindung ein."

Allergien stellen im 21. Jahrhundert ein gewichtiges Problem dar – es wird erwartet, dass sich die Situation verschlimmern wird, während das Jahrhundert voranschreitet. Aufgrund des Weltklimawandels, des höheren Hygienestandards und einer rapide zunehmenden Industrialisierung in den Entwicklungsländern nimmt das Auftreten von komplexeren und aggressiveren Allergien weiter zu, wobei Patienten oftmals unter verschiedenen allergischen Erkrankungen leiden, die nicht mehr nur auf bestimmte Jahreszeiten oder Orte beschränkt sind, und die durch eine Vielzahl natürlicher und synthetischer Substanzen hervorgerufen werden können, die sich vor 20 Jahren noch nicht in unserer Umwelt befunden haben. Umweltveränderungen haben eine bedeutende Auswirkung auf das Leben und die Arbeitsproduktivität der Patienten. Allergische Erkrankungen sind einer der häufigsten Gründe, weswegen Patienten einen Arzt aufsuchen.

Professor Canonica betont die Rolle WAO bei der Bekämpfung der weltweiten Allergiesituation: "Die WAO ist entschlossen, einen festen Rahmen für die Zusammenarbeit von Ärzten, Wissenschaftlern und Regierungsvertretern bereitzustellen, um das weltweite Allergieproblem angehen zu können, insbesondere die medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die mit allergischen Erkrankungen in Zusammenhang stehen."

Quelle: Pressemitteilung 18.6.2008, The World Allergy Organization (WAO) unter www.worldallergy.org, Der vollständige Bericht "State of World Allergy Report 2008, - Allergy and chronic respiratory diseases" unter <http://www.waojournal.org>.

Sechsjähriges Forschungsprogramm zu Gefahren der Mobilfunkstrahlen abgeschlossen: Mögliche Risiken für Kinder

werden weiter erforscht

(17.6.2008) Die geltenden Grenzwerte reichen aus, um die Bevölkerung ausreichend vor den bekannten Gefahren der Mobilfunkstrahlung zu schützen. Das ist das Ergebnis eines sechsjährigen Forschungsprogramms, das das Bundesumweltministerium im Juni 2002 in Auftrag geben hat und das fachlich vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) betreut wurde. Dieses Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm wurde jeweils mit 8,5 Millionen Euro vom Bundesumweltministerium und den Betreibern der Mobilfunknetze finanziert. Das BfS und die Strahlenschutzkommission (SSK) haben übereinstimmend festgestellt, dass das Forschungsprogramm keine Erkenntnisse erbracht hat, die die geltenden Grenzwerte aus wissenschaftlicher Sicht in Frage stellen.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: „Dieses breit angelegte Forschungsprogramm hat bestehende Befürchtungen zu möglichen Gesundheitsgefahren des Mobilfunks, die es in Teilen der Bevölkerung gibt, nicht bestätigt. Wir wissen jetzt sehr viel mehr über den Schutz der Grenzwerte. Wir werden aber trotzdem gezielt dort weiter forschen, wo wir noch Klärungsbedarf sehen. Das ist vor allem bei Kindern, die sehr empfindlich sind, der Fall und betrifft die Langzeitwirkungen bei Kindern und Erwachsenen.“ Das Bundesumweltministerium wird in Zukunft für die Forschung über die Wirkungen der elektromagnetischen Felder moderner Kommunikationstechniken jährlich 0,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Die zu Beginn des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms bestehenden Hinweise auf mögliche Risiken unterhalb der geltenden Grenzwerte konnten nicht bestätigt werden. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen elektromagnetischen Feldern unterhalb der geltenden Grenzwerte und unspezifischen Gesundheitsbeschwerden wie z. B. Kopfschmerzen, Schlafstörungen („Elektrosensibilität“) war nicht nachweisbar. In der Gesamtbewertung decken sich die Ergebnisse des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms mit denen anderer Forschungsprojekte aus dem Ausland.

Das Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm ist Teil eines gemeinsamen Vorsorgeprogramms, das 2001 gemeinsam von Bundeskanzleramt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium initiiert wurde. Ein weiteres zentrales Element ist die Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber, die diese im Nachgang zur Versteigerung der UMTS-Lizenzen 2001 gegenüber der Bundesregierung abgegeben haben. Damit sollten die Konflikte beim Netzausbau verringert und die Vorsorge im Bereich Mobilfunk auf freiwilliger Basis verstärkt werden. Die Einhaltung der Selbstverpflichtung wurde durch jährlich erstellte unabhängige Gutachten, zuletzt in diesem Jahr, überprüft.

Gabriel: „Die Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber hat den Dialog zwischen den für den Netzausbau verantwortlichen Mobilfunknetzbetreibern und den jeweils betroffenen Städten und Gemeinden beachtlich verbessert. Die Konflikte um die Errichtung von Mobilfunkbasisstationen haben sich dadurch spürbar verringert. Verbesserungen sind allerdings noch bei der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Dialog und bei der Beratung in den Handyshops erforderlich.“

Im Mittelpunkt der weiteren Vorsorge stehen für die Bundesregierung u. a. die weitere gezielte Forschung, die Umsetzung der Maßnahmen aus der fortgeschriebenen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber sowie die Empfehlungen zu individueller Minimierung der Strahlenexposition.

Quelle: Pressemitteilung 17.6.2008, Bundesumweltministerium, BMU; Informationen zum Deutschen Mobilfunkforschungsprogramm und zur Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber unter: www.bmu.de.

Übersicht

2030: Zwei Mrd. Menschen leben in Städten

(16.6.2008) Aufgrund der Migration werden bis 2030 nahezu zwei Mrd. Menschen in Städten leben. Unerforscht ist bis heute, welche Konsequenzen auf die Artenvielfalt es aus der zunehmenden Urbanisierung gibt. Menschen bauen jede Woche das Äquivalent einer Stadt der Größe Vancouvers - mit rund 2,1 Mio. Einwohnern. Einer neuen Studie zufolge, sind die Folgen dieser Verstädterung für die Biodiversität dramatisch, berichtet das Wissenschaftsmagazin New Scientist in seiner Online-Ausgabe.

Derzeit sind bereits 29 der weltweit 825 Ökoregionen Stadtgebiet. Insgesamt leben in diesen 29 Region 213 endemische - also ausschließlich dort vorkommende - Arten. "Unserer Analyse zufolge sind weltweit acht Prozent der auf der Roten Liste der Internationalen Naturschutzunion IUCN stehende Landwirbeltiere, durch die Urbanisierung bedroht", schreibt Robert McDonald im Fachmagazin Biological Conservation. Bis 2030 werden zusätzlich fünf weitere Ökoregionen mehr als fünf Prozent ihrer bisher unbebauten Flächen verlieren. "Dort leben weitere 118 endemische Wirbeltiere, die dadurch gefährdet sind", kommt McDonald zum Schluss.

Einer der Gründe ist die Ausdehnung der Stadtgebiete in die geschützten Regionen. Vor allem in Ostasien sei diese Entwicklung signifikant. Waren 1995 solche Naturschutzareale durchschnittlich 43,5 Kilometer vom Stadtrand entfernt, wird diese Distanz bis 2030 auf durchschnittlich nur 22,5 Kilometer fallen. Damit werden die Schutzregionen immer mehr zu Stadtgebieten. Die Wissenschaftler kommen zum Schluss, dass diese Entwicklung sehr wohl steuerbar sein könnte. "Naturerhaltung kann ohnehin nicht nur in isolierten Naturschutzparks geschehen, sondern muss zum integralen Bestandteil des täglichen Lebens werden."

Erst im Vorjahr hat eine Untersuchung von Klimatologen der Technischen Universität Berlin (TUB) gezeigt, dass Parks in Städten die Lufttemperatur senken können (presstext berichtete). "Für das Klima einer Großstadt ist ein Netzwerk aus Parks mit mittleren und kleineren Grünflächen am besten", so Studienleiter Dieter Scherer vom Institut für Ökologie, gegenüber presstext. "Wenn sich kleine Parks über eine Metropole verteilen, können sie die warme Luft tropischer Sommernächte nämlich viel besser abkühlen als wenige große Anlagen." Allerdings müsse auch eine kleinere Grünfläche eine Mindestgröße von einem Hektar aufweisen, damit sie eine "abkühlende" Wirkung auf die umliegenden Häuser habe.

Quelle: *presstext.austria* 16.6.2008, Institut für Ökologie, <http://www.klima.tu-berlin.de>, *presstext-Bericht über die Untersuchung der Klimatologen der TUB unter:* <http://www.pte.at/pte.mc?pte=070829018>.

Übersicht

Greenpeace-Ranking der Pestizid-Industrie: Pestizide des Bayer-Konzerns belasten Mensch und Umwelt am stärksten

(16.6.2008) Die Pestizide des deutschen Chemiemultis Bayer gefährden im internationalen Konzern-Vergleich die menschliche Gesundheit und Umwelt am stärksten. Zu diesem Ergebnis kommt der heute veröffentlichte Greenpeace-Report "Die schmutzigen Portfolios der Pestizid-Industrie". Bayer folgen im Greenpeace-Ranking die Unternehmen Syngenta (Schweiz), Monsanto (USA), BASF (Deutschland) und Dow Chemical (USA).

Im Report vergleicht Greenpeace erstmals die Pestizid-Verkaufsprogramme der fünf weltweit führenden Agrochemie-Konzerne, die 75 Prozent des Weltmarktes abdecken, auf Basis von Umwelt- und Gesundheitskriterien. 243 (46 Prozent) der 512 weltweit von den Konzernen verkauften Pestizide gefährden danach Mensch und Natur besonders stark. Derzeit verhandelt die EU ein neues Zulassungsrecht für Pestizide - eine Chance, die es nur alle 10 bis 15 Jahre gibt. Gegen wichtige Verbesserungen sträuben sich aber der deutsche Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) und weitere Agrarminister.

"Unser Ranking zeigt, wie giftig die Geschäfte der führenden Agrochemie-Konzerne noch

immer sind", sagt Greenpeace-Chemieexperte Manfred Krautter. "Um unsere Gesundheit zu schützen und den Verlust von Tier- und Pflanzenarten einzudämmen, müssen die Politiker jetzt das EU-Pestizidrecht verschärfen. Spritzmittel, die Krebs erregen, das Erbgut verändern, die Fortpflanzung, das Hormon- oder Nervensystem schädigen können, dürfen nicht mehr zugelassen werden. Pestizide, die Bienen oder das Leben in Gewässern schädigen, müssen vom Markt verbannt werden. Bisher will die Chemieindustrie mit ihrer geballten Lobbymacht selbst für solche Gifte die Zulassung durchsetzen."

Im Schnitt stecken 46 Prozent besonders kritische Stoffe in den Pestizid-Portfolios der Multis. Für den Umwelt- und Gesundheitsschutz auch problematisch: Für 16 Prozent der verkauften Pestizid-Wirkstoffe gibt es nur unzureichende öffentliche Informationen über Giftwirkungen. Und mögliche Pestizid-Rückstände in Lebensmitteln können bei 42 Prozent der Stoffe selbst die besten EU-Labors mit den heute eingesetzten Routineverfahren nicht nachweisen.

"Pestizide finden sich in der Umwelt, in Lebensmitteln, die wir essen und in unseren eigenen Körpern. Das ist eine tickende Zeitbombe für unsere Gesundheit sowie für viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten", erklärt Krautter. Das Portfolio mit dem höchsten Anteil von für Mensch und Umwelt besonders schädlichen Spritzmitteln weist mit 60 Prozent der US-Agrarkonzern Monsanto auf. Da er den geringsten Marktanteil der fünf Konzerne hat, nimmt Monsanto in der Gesamtwertung jedoch einen mittleren Platz ein. In der Gesamtwertung des Rankings werden neben schädigenden Eigenschaften auch die verkauften Pestizidmengen berücksichtigt.

In das aktuelle Ranking gingen die Daten der im Januar und Februar 2008 veröffentlichten Greenpeace-Studien "Schwarze Liste der Pestizide" und "Grenzen der Pestizidanalytik" ein. Alle fünf Konzerne hatten Anfragen von Greenpeace nach den von ihnen weltweit verkauften Pestizidwirkstoffen abgewiesen.

Quelle: Pressemitteilung 16.6.2008, Greenpeace e.V., Report und Infografiken unter: www.greenpeace.eu und www.greenpeace.de.

[Übersicht](#)

Ökologischer Fußabdruck Chinas verdoppelt

(11.6.2008) Nach einer aktuell veröffentlichten Untersuchung des WWF hat sich der so genannte "ökologische Fußabdruck" Chinas (er drückt jene Spuren aus, die jeder Mensch im täglichen Leben auf der Erde hinterlässt) seit den 1960er Jahren verdoppelt und beansprucht nun zwei Mal so viel, wie das Ökosystem des Landes nachhaltig gewährleisten kann. Im Vergleich zu anderen Regionen führe trotz des relativ kleinen ökologischen Fußabdrucks pro Person die hohe Bevölkerungsdichte im Asien-Pazifik-Raum zu diesem schlechten Ergebnis. Die Untersuchung ist vom China Council for International Cooperation on Environment and Development (CCICED) und vom WWF gemeinsam in Auftrag gegeben worden.

"Das Problem ist die gesamte Entwicklung in China", umschreibt WWF-Expertin Martina Fleckenstein im presstext-Interview die Situation. Als Umweltorganisation wolle der WWF den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten müssen, argumentiert Fleckenstein. Natürlich hätten sich durch das Herausbilden einer zahlungskräftigen Mittelschicht und der Erhöhung des Lebensstandards umfassende Veränderungen ergeben. "Wenn mehr Fleisch gegessen wird, braucht man mehr Tierfutter und dann reicht das im Land produzierte Soja beispielsweise nicht mehr aus", zeichnet Fleckenstein die Situation. "Wir wollen nur aufzeigen, wo China derzeit steht und wo man Stellschrauben setzen sollte." Sonst drohe innerhalb von fünf Jahren eine Verdoppelung des ökologischen Fußabdrucks.

"Die Berechnungen bieten demnach einen ersten umfassenden Überblick über die Faktoren, die für das wachsende ökologische Defizit des Landes seit Mitte der 1970er Jahre verantwortlich sind", erklärt Fleckenstein. Unsere Lösungsansätze gehen dahin auch in China vermehrt auf nachhaltig produzierte Güter zu setzen. "China könnte das

weltweit erst Land sein, in dem Elektroautos im großen Stil zum Einsatz kommen." Die kommenden 20 Jahre werden für China entscheidend sein, ob das Land seine ökologischen Probleme in den Griff bekommt. "Eines der größten Probleme ist der steigende Druck auf die Anbauflächen für landwirtschaftliche Produkte. Wir sind der Auffassung, dass zur Erhaltung der Biodiversität auch die Schutzgebiete unbedingt erhalten bleiben müssen und nicht zu landwirtschaftlicher Nutzung umgewandelt werden dürfen", so Fleckenstein. Es müsse nämlich auch sichergestellt werden, die natürlichen Ressourcen für die nachfolgenden Generationen zu sichern.

Nach der aktuellen Studie verbraucht China derzeit 15 Prozent der globalen biologischen Kapazität. Die Auswertungen zeigen, dass die Chinesen 2003 - dem jüngsten Jahr, in dem Zahlen verfügbar waren - einen ökologischen Fußabdruck von 1,6 Hektar pro Person hatten. "Damit unterschreiten sie den globalen Durchschnitt von 2,2 Hektar noch deutlich." Dennoch sei dies eine große Herausforderung in Anbetracht der hohen Einwohnerzahl und der rasanten volkswirtschaftlichen Entwicklung des Landes. "Die Studienergebnisse sollen die Problematik auch ins Bewusstsein der Menschen in China bringen. Der Bericht mahnt langfristige Entscheidungen ein, die schon heute getroffen werden müssen, um einen positiven Einfluss auf die Zukunft im Reich der Mitte zu haben", meint Fleckenstein abschließend gegenüber presstext. Mit dieser Studie und der Partnerschaft mit CCICED und dem Global Footprint Network werde der WWF seine Arbeit mit den wichtigen Stakeholdern fortsetzen, um einen innovativen und nachhaltigen Entwicklungsweg für China aufzuzeigen, so Dermot O' Gorman vom WWF China.

Quelle: *presstext.austria* 11.6.2008; WWF, <http://www.wwf.de>, Informationen über den "ökologischen Fußabdruck" unter: <http://pte.at/pte.mc?pte=070913002>

[Übersicht](#)

Neueste Forschung zu Allergien: Hyposensibilisierung kann helfen, Hausstaubmilben zu beseitigen ist meist nicht hilfreich

(11.6.2008) Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) hat aktuelle Forschungsarbeiten zu Allergien geprüft. Dabei zeigte sich, dass die früher umstrittene spezifische Immuntherapie gegen allergische Beschwerden tatsächlich vielen Menschen helfen kann. Wenn alles grünt und blüht, erreicht die Allergiesaison ihren Höhepunkt. Immer mehr Menschen sind betroffen: In Deutschland hat mindestens einer von fünf Einwohnern Heuschnupfen. Fast die Hälfte der Bevölkerung reagiert wenigstens zeitweise auf Allergene wie Pollen oder Hausstaubmilben. Es ist aber immer noch unklar, warum Allergien in den letzten Jahrzehnten so stark zugenommen haben. Der Leiter des IQWiG, Prof. Dr. med. Peter Sawicki, sagte, bisher sei noch keine der Theorien zur Häufung von Allergien wissenschaftlich nachgewiesen. So ist zum Beispiel die Annahme, dass Impfungen im Kindesalter für die Zunahme der Allergien verantwortlich sein könnten, offenbar nicht belegt.

"Es gibt viele unbewiesene Behauptungen über Allergien", so Peter Sawicki, "aber es gibt auch immer mehr Forschungsergebnisse, die die Fakten von den Mythen trennen. Zum Beispiel hat sich gezeigt, dass teure und zeitraubende Versuche, Hausstaubmilben in der Wohnung zu bekämpfen, wie das Entfernen von Teppichen und häufiges Waschen des Bettzeugs, meistens nichts nützen: Es ist einfach unmöglich, alle Milben zu beseitigen - egal, wie viel Mühe man sich macht. Aber es stehen inzwischen wirksame Allergiebehandlungen zur Verfügung, zum Beispiel die spezifische Immuntherapie, und eine ganze Reihe von Medikamenten, die die Beschwerden lindern."

Das Institut hat die neuesten unabhängigen Forschungsarbeiten zu Allergien analysiert, um herauszufinden, welche Therapien oder vorbeugenden Maßnahmen tatsächlich wirken. Das Ergebnis: Die spezifische Immuntherapie gegen allergische Beschwerden kann vielen Menschen helfen. Bei dieser auch Hyposensibilisierung genannten Behandlung wird der Wirkstoff, ein Allergenextrakt, als Spritze unter die Haut oder in Form von Tropfen, Tabletten oder Spray unter die Zunge (sublingual) gegeben. Sie wird immer häufiger eingesetzt: Der Arzneiverordnungs-Report 2007 zeigt, dass mehr als ein

Dutzend dieser Extrakte mittlerweile zu den 3000 Medikamenten zählen, die in Deutschland am häufigsten verschrieben werden.

Peter Sawicki: "Besonders die sublinguale Immuntherapie wird in Europa immer beliebter. Die Forschung hat gezeigt, dass sie bestimmte allergische Reaktionen bei Erwachsenen verringern kann und weniger unerwünschte Wirkungen auslöst als die Injektionsbehandlung. Wir sind noch nicht völlig sicher, ob die sublinguale Therapie genauso wirksam ist wie die Behandlung mit Spritzen, und ob sie auch bei Kindern wirkt. Aber wir denken, dass die vielen Studien, die diese Fragen derzeit untersuchen, bald gute Antworten liefern werden."

Der Einsatz von so genannten Antihistaminika ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Das IQWiG hat auch die aktuelle Forschung zu einigen der meistverkauften Antihistaminika untersucht. Demnach können all diese Wirkstoffe Allergiesymptome lindern, sie haben häufig aber auch unerwünschte Wirkungen. Wie schnell sie wirken und wie oft sie Nebenwirkungen haben, ist verschieden. Das Institut hat außerdem geprüft, wie man Allergien bei Kindern vorbeugen könnte, und folgende Schlüsse gezogen: Eltern können ihre Kinder schützen, indem sie aufhören zu rauchen. Säuglings-Ersatznahrung kann gelegentlich Allergien auslösen. Und es gibt erste Hinweise, dass es vorbeugend wirken könnte, in den letzten Schwangerschaftswochen probiotische Nahrungsergänzungsmittel zu nehmen. "Die Wirkung von Probiotika in der Schwangerschaft ist ein Forschungsgebiet, das das IQWiG weiterhin aufmerksam beobachten wird", so Sawicki.

Quelle: Pressemitteilung 11.6.2008, Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), <http://www.iqwig.de>; Vorbericht unter: http://www.iqwig.de/download/A05-09_Vorbericht_Antihypertensive_Wirkstoffgruppen_als_Therapie_der_ersten_Wahl.pdf.

[Übersicht](#)

Kindersicherheitstag 2008 "Kinder wollen Sicherheit!"

(10.6.2008) Mehr als 300 Kinder haben heute vor dem Berliner Reichstag für besseren Unfallschutz daheim und unterwegs demonstriert. Mit Fahrradklingeln und Trommeln machten die drei- bis fünfjährigen Kindergartenkinder auf ihr Anliegen aufmerksam. Anlass des Kinderevents: Der Kindersicherheitstag 2008, der von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Mehr Sicherheit für Kinder e.V. veranstaltet wurde und an dem bundesweit Aktionen stattfinden, in diesem Jahr unter dem Motto "Kinder wollen Sicherheit!".

Alle 18 Sekunden verunglückt ein Kind in Deutschland so schwer, dass es ärztlich behandelt werden muss. Mehr als 60 Prozent der Unfälle von Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter passieren daheim und auf dem Spielplatz, häufig sind unsichere Produkte daran beteiligt. Die Wünsche der Kinder und der BAG: Die Politik muss Grundlagen für eine bessere Produktsicherheit schaffen, die Kommunen müssen Spielplätze besser in Ordnung halten und die Eltern sollen befähigt werden, stärker auf Unfallgefahren in der Wohnung und draußen zu achten.

Die BAG hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Kinderunfälle in Deutschland in den nächsten fünf Jahren um 20 Prozent zu verringern. "Dieses Ziel können wir in Deutschland nur erreichen, wenn der politische Stellenwert der Unfallverhütung in Heim und Freizeit größer wird, wenn sich Unternehmen und Behörden aktiv für mehr Sicherheit einsetzen und wenn alle Bürgerinnen und Bürger für die Sicherheit von Kindern sensibilisiert werden", sagt Bundestagesabgeordnete Marlene Rupprecht, Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

"Viele Eltern betrachten Unfälle und Verletzungen als unvermeidbares Schicksal, doch das sind sie nicht", sagt BAG-Präsidentin Dr. Stefanie Märzheuser. "Wir alle können mit einfachen Maßnahmen dafür sorgen, dass Kinder sicher groß werden können. Kinder haben ein Recht auf Sicherheit!" Fensterriegel zum Beispiel verhindern kindliche

Fensterstürze, ein Herdschutzgitter schützt vor Verbrennungen und Eltern können Regentonnen und Gartenteiche abdecken.

Der Kindersicherheitstag wird jährlich von der BAG Mehr Sicherheit für Kinder e.V. zusammen mit vielen lokalen Kooperationspartnern durchgeführt. Bundesweit machen Experten auf das Thema aufmerksam und informieren Eltern und Medien über Möglichkeiten, für mehr Kindersicherheit im Alltag zu sorgen.

Damit sich Kinder selbst noch stärker zum Thema Unfallschutz zu Wort melden können, wird die BAG bis 2009 eine Arbeitsgruppe "Kinder" einrichten. Hier werden sich die Acht- bis Zwölfjährigen regelmäßig treffen und eigene Vorschläge für mehr Unfallschutz erarbeiten.

Die BAG in Bonn ist ein bundesweit tätiger Dachverband und die primär zuständige Lobby zur Verhütung von Kinderunfällen in Deutschland..

Quelle: Pressemitteilung 10.6.2008, BAG Mehr Sicherheit für Kinder e.V., www.kindersicherheit.de.

[Übersicht](#)

Julius Kühn-Institut: Clothianidin verantwortlich für Bienensterben

(10.6.2008) Nach Auffassung des Julius Kühn-Instituts (JKI) ist eindeutig davon auszugehen, dass Clothianidin hauptsächlich für den Tod der Bienen vor allem in Teilen Baden-Württembergs verantwortlich ist. Von den bisher 66 im Zusammenhang mit den Schadfällen "Maisaussaats" untersuchten Bienenproben wies die chemischen Analysen des JKIs bis auf eine Ausnahme den Wirkstoff Clothianidin nach. Während 27 Proben zwischen 2 und 10 Mikrogramm (= 2 - 10 Millionstel Gramm) Wirkstoff/kg Bienen enthielten, wiesen 32 Proben einen Wirkstoffgehalt zwischen 10 und 100 Mikrogramm/kg Bienen auf. Eine Probe enthielt 212 Mikrogramm Wirkstoff/kg Biene; die restlichen fünf Proben lagen unter 2 Mikrogramm. Die in den letzten Wochen durchgeführten Untersuchungen des JKIs bestätigen weiterhin die Vermutung, dass der Wirkstoff während der Aussaat des Maissaatgutes von diesem abgerieben wurde und die entstandenen Stäube über Verfrachtungen in der Luft auf blühende und von Bienen beflogene Pflanzen gelangt sind.

Speziell zu den in der Rheinebene in Baden-Württemberg und Bayern aufgetretenen Bienenvergiftungen mit Verdacht auf Schadursache "Maisaussaats" erhielt die Untersuchungsstelle für Bienenvergiftungen des Julius Kühn-Instituts vom 30. April bis 3. Juni 156 Proben: 85 Bienenproben, 48 Pflanzenproben und 23 sonstige Proben (Pollen, Waben, Erde). 68 dieser Bienen-, 14 der Pflanzen- und 3 der sonstigen Proben stammen aus der Rheinebene in Baden-Württemberg, 14 Bienen-, 18 Pflanzen- und 2 sonstige Proben aus der Region Passau in Bayern. Wie bereits in unseren Presseinformationen vom 9. und 16.5.2008 dargestellt, stammen die Einsendungen aus Gebieten, in denen Saatgut zur Bekämpfung des Maiswurzelbohrers mit dem Wirkstoff Clothianidin behandelt worden war. Aus allen anderen Regionen Deutschlands liegen derzeit lediglich 3 Bienen-, 2 Pflanzen- und 1 sonstige Probe vor, bei denen die Einsender als Schadursache "Maisaussaats" vermuten. Insgesamt erhielt das JKI im Jahr 2008 bisher 124 Bienenproben, 77 Pflanzenproben und 26 sonstige Proben (Wabenstücke, etc.) aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die Untersuchung des Pollenspektrums aus dem Haarkleid der Bienen ergab in den bisherigen Proben, dass überwiegend viele verschiedene Trachtpflanzen und nicht ausschließlich Massentrachten wie Raps oder Obst beflogen wurden. In einigen Proben überwog der Anteil an Rapspollen. Viele der bisherigen Pollenanalysen zeigen einen hohen Anteil an Löwenzahn- und Ahornpollen, deren Blühzeitpunkt in den Schadregionen gleichzeitig mit der Aussaatzeit von Mais lag. Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass nicht Fehlanwendungen in einer einzelnen Kultur wie Raps oder Apfel als Schadursache in Frage kommen. Sie bekräftigten den Verdacht, dass die verschiedenen

Trachtpflanzen mit Clothianidin kontaminiert waren. Die Bienenschäden können nicht mit dem Auftreten von Bienenkrankheiten erklärt werden. Der Befall mit Nosema-Sporen war nur in 2 der untersuchten Proben hoch; in 17 Proben wurde ein mittlerer Befall, in 47 Proben ein geringer Befall festgestellt. Es wurden keine Anzeichen auf weitere Bienenkrankheiten bei diesen Bienenproben entdeckt.

Der eindeutige Nachweis der Herkunft des Clothianidins aus dem Abrieb des Saatguts wurde über den gleichzeitigen Nachweis des Wirkstoffs Methiocarb bestätigt. Methiocarb, das zur Verhinderung von Krähenfraß angewandt wird, wurde bei einigen Chargen des gebeizten Maissaatguts zusätzlich eingesetzt. Eine Auswahl der eingesandten Proben wird weiter gezielt auf das Vorhandensein von mehreren hundert Wirkstoffen analysiert, um mögliche Wechselwirkungen mit anderen Wirkstoffen oder andere Schadensursachen zu erkennen. Allerdings ist ein Vergleich der Probenwerte mit den in Laborversuchen ermittelten Toxizitätsdaten wie z.B. der mittleren letalen Dosis (LD50) aufgrund der Probennahme nicht oder nur in wenigen Fällen direkt möglich. (Die mittlere letale Dosis, LD50, bezeichnet die Dosis eines Stoffes, bei der 50 % der beobachteten Tiere sterben. Es handelt sich dabei um einen statistischen Wert aus Laborversuchen.)

Mit einem ersten biologischen Test mit den sehr empfindlichen Larven der Gelbfiebermücke, dem so genannten Aedes-Test, kann rasch eine grundsätzliche Bewertung vorgenommen werden, ob das Probenmaterial (tote Bienen oder Pflanzen) für Bienen giftige Stoffe enthält oder nicht. Vorausgegangen sind Analysen zum Gesundheitszustand der Bienen wie Nosema oder Parasiten. Ebenso wird der den toten Bienen anhaftende Pollen analysiert, um den Ort näher zu bestimmen, an dem sich die Bienen kurz vor ihrem Tod aufgehalten haben. Nur wenn mit dem Aedes-Test eine Kontaktgiftwirkung bei den Bienen oder den Pflanzenproben nachgewiesen werden kann, klärt das JKI in einem zweiten, sehr aufwändigen Verfahren, ob ein Pflanzenschutzmittel in den Proben nachgewiesen werden kann und um welches Mittel es sich handelt. Für den Nachweis von Rückständen der sehr unterschiedlichen Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe in den Probenextrakten werden immer parallel LC/MS/MS- und GC/MS-Messungen durchgeführt.

Im Falle der jetzigen gravierenden Bienenschäden, bei denen der Verdacht schnell auf den Wirkstoff Clothianidin fiel, werden die chromatographischen Messergebnisse aller Proben zunächst mit Blick auf Clothianidin und Methiocarb ausgewertet, um rasch die erforderlichen Ergebnissen vorzulegen. Aus den eingesandten toten Bienen werden 200 Exemplare zufällig ausgesucht, zu einer Mischprobe verarbeitet und analysiert. Die ermittelten Werte der Analytik werden auf ein Kilogramm Bienen hochgerechnet (dies entspricht ca. 10.000 Bienen).

*Quelle: Pressemitteilung 10.6.2008, Julius Kühn-Instituts (JKI);
Informationen unter:*

*[http://www.jki.bund.de/cIn_045/nn_805140/DE/Home/
pflanzen_schuetzen/bienen/biolchem_untersuch_bien.html](http://www.jki.bund.de/cIn_045/nn_805140/DE/Home/pflanzen_schuetzen/bienen/biolchem_untersuch_bien.html)
- Untersuchungsstelle für Bienenvergiftungen des JKI*

Übersicht

Umweltbundesamtes zu "Perspektiven der europäischen Meerespolitik"

(6.6.2008) Unsere Meere bedecken etwa 70 Prozent der Erdoberfläche und spielen - wie auch die Regenwälder - eine wichtige Rolle für Mensch und Umwelt. Die Meere sind Nahrungsquelle, sie sind Regulator für das Klima unserer Erde, sie bergen gewaltige Energieressourcen und sind Ursprung allen Lebens. Der Schutz der Meere ist deshalb besonders wichtig. Dabei geht es nach Auffassung des Umweltbundesamtes (UBA) vor allem darum, den Meeresschutz über Ländergrenzen hinweg zu bündeln und zu koordinieren. Mit der Betrachtung einzelner Sektoren – etwa Fischerei, Verkehr oder Tourismus - ist es nicht getan: "Wir brauchen eine integrative Betrachtungsweise, um die vielfältigen Probleme der Meere zielgerichtet lösen zu können. Nur so erreichen wir einen auf Dauer

wirksamen Meeresschutz", sagt UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge. Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Meeresschutzpolitik Europas sowie Vorschläge zur weiteren Verbesserung liefert das neue UBA-Hintergrundpapier.

Unsere Meere haben zahlreiche Funktionen: Sie sind Nahrungsquelle für Mensch und Tier, sie regulieren den Klima-, Temperatur-, Kohlendioxid- und Sauerstoffhaushalt der Erde, sie bergen Energieressourcen - wie Öl, Gas oder Wellen und Strömung, sie sind Rohstoffquelle - etwa für Manganknollen, Erzschlämme, Sand oder Kies - und Lieferanten für Naturheilstoffe und Grundstoffe für Arzneimittel sowie Kosmetika. Die Meere sind Transportweg für die Seeschifffahrt und als Erholungsräume wichtig für den Tourismus.

Die starke Nutzung der Meere birgt große Gefahren für die Meeresökosysteme - etwa Überfischung, Einträge gefährlicher Stoffe, Überdüngung, Einschleppung fremder Arten sowie Verluste bestimmter Arten und Lebensräume. Zudem leiden die Meere unter den Folgen des Klimawandels – wie Anstieg der Wassertemperaturen und des Meeresspiegels sowie Versauerung durch den Eintrag des Treibhausgases CO₂.

Um die Meere vor diesen Gefahren zu schützen und eine nachhaltige Nutzung zu gewährleisten, bedarf es eines innovativen Schutzkonzeptes. Die EU-Kommission machte im Jahr 2006 mit dem Grünbuch sowie im Jahr 2007 mit dem Blaubuch Vorschläge zur künftigen europäischen Meerespolitik – und zwar sektorübergreifend. Sie setzte damit die Meerespolitik erstmals oben auf ihre Agenda. Das UBA begrüßt diese Anstrengungen. Jedoch fehlt es noch immer an einer ausgewogenen Balance zwischen Nutzung und Schutz der europäischen Meere, da die Nutzungsaspekte die Vorstellungen zur künftigen EU-Meerespolitik nach wie vor dominieren. Auch die kurz vor der Verabschiedung stehende Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der Europäischen Union, welche zur Umweltsäule der EU-Meerespolitik werden soll, bleibt – aus Sicht des UBA – wegen ihrer sehr allgemeinen Ausformulierung in wesentlichen Punkten hinter den Anforderungen an einen anspruchsvollen Meeresschutz zurück.

Der von der Helsinki-Kommission im November 2007 verabschiedete HELCOM-Ostseeaktionsplan (Baltic Sea Action Plan (BSAP)) stellt sich als europaweit erster regionaler Aktionsplan zum Schutz eines Meeresgewässers im Sinne der zukünftigen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie dar. Er stellt die Anforderungen des Meeresökosystems Ostsee in den Mittelpunkt und formuliert individuelle Maßnahmen zu dessen Schutz.

Quelle: Pressemitteilung 6.6.2008, Umweltbundesamt UBA, www.umweltbundesamt.de; Download des Hintergrundpapiers „Perspektiven der europäischen Meerespolitik“ unter: www.umweltbundesamt.de

[Übersicht](#)

Lebensmittelspenden verschärfen Hungerproblematik

(6.6.2008) Die meisten Menschen glauben, dass Lebensmittelspenden eine gute Idee zur Bekämpfung von Hunger und Armut sind. Experten des World Food Programme WFP haben nun aufgezeigt, dass Nahrungsmittelspenden oft ein Schritt in die falsche Richtung sind. "Wenn es viel Mehl gratis am Markt gibt, bleiben lokale Bauern nämlich auf ihrem eigenen Mehl sitzen und verdienen damit kein Geld", berichtet das Wissenschaftsmagazin New Scientist.

"Wir bekommen derzeit 80 Prozent unserer Lebensmittelhilfen aus Entwicklungsländern", erklärt Josette Sheeran, Chefin des WFP. Gaben vor knapp zehn Jahren Industrieländer überschüssiges Getreide als Spenden, gibt es heute Geld für den WFP, um Nahrung zu kaufen. Mit Ausnahme der USA, die immer noch darauf bestehen, dass mit dem Geld ausschließlich US-Getreide gekauft wird, kauft das WFP Nahrungsmittel von lokalen Bauern, um das Wirtschaftssystem auch in krisengeschüttelten Regionen aufrecht zu erhalten. "Neu ist dieses Problem ja nicht", meint Ute Sprenger, Publizistin und Beraterin für politische Ökologie und internationale Entwicklung, im presstext-Interview. Das seien

Dinge, die uns seit Jahren beschäftigen und die einfach deutlich machen, dass es eben keinen einheitlichen Lösungsansatz für Nahrungsprobleme und Hunger gibt. "Wir müssen uns von dieser Idee des Silver Bullet ein für alle mal verabschieden."

Sheeran erklärt, dass das WFP beim Kauf von Nahrungsmitteln mehr Geduld und Aufwand auf sich nimmt als herkömmliche Einkäufer und zudem direkt vom Hersteller und nicht über Mittelsmänner beziehe. "Wir kaufen beispielsweise Salz von 7.000 Produzenten in senegalesischen Dörfern und von Kleinbauern in Lesotho und der Demokratischen Republik Kongo, die sonst keine Möglichkeit hätten, ihre Waren auf den Markt zu bringen." Wenn die Ursache des Hungers Marktversagen und nicht äußere Einflüsse wie Fehlernten ist, sei es klüger Menschen Geld zum Nahrungskauf zu geben, da sonst die bäuerliche Struktur völlig aus dem Gleichgewicht gerate. Das gelte auch für die derzeitige Situation in Burma.

Der WFP setzt stark auf die Unterstützung der Bill Gates Foundation. "Wir gehen zu Bauern hin und sagen, wenn du 10.000 Tonnen von diesem Produkt liefern kannst, zahlen wir dir diesen Preis. Dann können sie sich die Bauern selbst organisieren. Sie erhalten dann Kredite zum Kauf von Dünger und anderen notwendigen Gütern", erklärt Sheeran. Für Sprenger ist dieser Denkansatz allerdings nicht nachvollziehbar. Aktivitäten der Gates-Stiftung knüpfen nicht daran, die lokale Landwirtschaft zu stärken, sondern bedeuten eine neue Falle. "Das ebnet erneut den Weg in die Abhängigkeit, weil es sich um keine an die Gegebenheiten vor Ort angepasste Lösung handelt, sondern um einen Lösungsansatz, der einmal mehr von außen kommt", kritisiert Sprenger.

Um die Welt satt zu machen bedürfe es einer Vielzahl von verschiedenen und an lokale Gegebenheiten angepasste Lösungen, betont Sprenger. Der Weltagrarrat (IAASTD), dem mehr als 400 Forscher aus verschiedenen Disziplinen angehören, habe sich mit Problemlösungen dieser Art beschäftigt und sei im April 2008 mit einem Bericht an die Öffentlichkeit getreten, der zum Schluss kommt, dass das alte Paradigma einer industriellen Landwirtschaft mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz nicht mehr zeitgemäß sei. "Die volle Einbeziehung lokalen und indigenen Wissens, die Stärkung von Frauen, die die Hauptlast landwirtschaftlicher Arbeit in den Entwicklungsländern tragen, und ein Forschungsschwerpunkt auf kleinbäuerlichen und agro-ökologische Anbaumethoden sind wesentliche Elemente einer Landwirtschaft, die den Weg aus der derzeitigen Krise weisen." Der Bericht betont auch, dass die Landwirtschaft kein Produktionssystem wie jedes andere sei, sondern seine Funktionen für Natur und Gesellschaft ebenso wichtig sind. "Staaten und Gemeinden müssen demokratisch und souverän ihre Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik selbst bestimmen." Der Bericht komme auch zum Schluss, dass die kleinsten Landwirte die größten Verlierer des Weltmarktes sind.

Quelle: *presstext.austria* 6.6.2008; *World Food Programme WFP*, <http://www.wfp.org>, *Weltagrarrat (IAASTD)*, <http://www.agassessment.org>.

Übersicht

Sind Carbon Nanotubes das nächste Asbest?

(4.6.2008) In den letzten Wochen hat eine neue Studie, welche die potentiellen Auswirkungen von Carbon Nanotubes (CNT) auf die Gesundheit von Mäusen untersucht hat, viel Aufmerksamkeit erregt. Die Studie wurde von einer Gruppe anerkannter Experten (unter anderem Andrew Maynard, Vicki Stone und Ken Donaldson) in der Onlineausgabe von Nature Nanotechnology publiziert.

Die Forscher setzten die Mesotheliumwand der Körperhöhle von Mäusen langen, mehrwandigen Carbon Nanotubes (MWCNT) aus. Die Mesotheliumwand ist die Zellwand, welche die innere Oberfläche der pleuralen (Brust-) und peritonealen (Unterleibs-) Höhlen und die äussere Oberfläche der darin enthaltenen Organe bedeckt und gleitende Bewegungen ermöglicht. Diese Behandlung führte zu Asbest-ähnlichem, längenabhängigem, pathogenem Verhalten mit Entzündung und der Entstehung von Läsionen, welche als Granulome bekannt sind.

Gemäss der Studie enthielten zwei der CNT-Proben einen erheblichen Anteil an langen,

geraden Fasern von mehr als 20 µm Länge. Toxikologen haben ein Paradigma abgeleitet, gemäss welchem eine Faser als potentiell problematisch gilt, sofern sie dünner als 3 µm, länger als ~ 20 µm und in der Lunge biopersistent ist (sich nicht auflöst oder in kürzere Fasern zerbricht). Die Studie zeigte auf, dass das pathogene und mit CNT assoziierte Verhalten mit einer auf Länge basierenden Struktur-Aktivitäts-Beziehung übereinstimmt, welcher auch Asbest und andere pathogene Fasern entsprechen. Es wurde ebenfalls gezeigt, dass derartige lange CNT von den körpereigenen Makrophagen nicht aufgenommen werden können.

CNT enthalten immer geringe Mengen an Verunreinigungen. Übergangsmetalle wurden in der Literatur als möglicher wichtiger Faktor in CNT-vermitteltem Zellstress diskutiert. In dieser Studie konnten jedoch weder der lösliche noch der totale Anteil der Metalle die beobachteten Effekte erklären.

Die Autoren bringen klar zum Ausdruck, dass die Studie der Frage nicht nachgeht, ob CNT bei einer Exposition durch Inhalation in der Lage wären, das Mesothel in ausreichender Anzahl zu erreichen um Mesotheliome zu verursachen. Ein Mesotheliom ist eine spezifische Art von Krebs, welche mit langanhaltender Asbestexposition verbunden ist und erst Dutzende von Jahren nach der Exposition auftreten kann. Die Studie kommt daher zum Schluss, dass weitere Forschung nötig ist und grosse Vorsicht angebracht ist, bevor Produkte mit CNT in Verkehr gebracht werden.

Quelle: Newsletter der Innovationsgesellschaft 4.6.2008, www.innovationsgesellschaft.ch;
Original: "Carbon nanotubes introduced into the abdominal cavity of mice show asbestos like pathogenicity in a pilot study." *Nature Nanotechnology* (advance online publication):
<http://www.nature.com/nnano/journal/vaop/ncurrent/abs/nnano.2008.111.html>

Übersicht

(Nano-)Silber einmal mehr unter Beschuss

(4.6.2008) Im Anschluss an die letztjährige Entscheidung der EPA, Silber-Ionen generierende Apparate wie etwa Waschmaschinen als Pestizide zu behandeln, falls sie mit einem antimikrobiellen Effekt beworben werden, hat eine Gruppe von 14 NGOs (inklusive Center for Technology Assessment CTA, Greenpeace und Friends of the Earth) bei der EPA eine Petition hinterlegt, welche einen Verkaufsstopp zahlreicher Konsumprodukte fordert, die momentan nanoskaliges Silber verwenden.

Gemäss dem CTA-Anwalt George Kimbrell "sind diese momentan illegal verkauften Nanosilber-Produkte Pestizide. Nanosilber gelangt in die Umwelt, wo es giftige Effekte auf Fische, andere Wasserlebewesen und nützliche Mikroorganismen haben wird." Die Antragsteller fordern die EPA deshalb auf, eine Reihe spezifischer Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem:
nanoskaliges Silber als ein neues Pestizid zu klassifizieren (oder als eine neue Anwendung eines existierenden Pestizids) und neue, detaillierte Produktregistrierungen und Datenunterbreitungen mit nano-spezifischen Toxizitäts-Test und Risikobewertungen gemäss dem Bundesgesetz über Fungizide und Rodentizide (FIFRA) zu verlangen.

Massnahmen gegen nicht registrierte Produkte mit Nanosilber zu ergreifen, deren Verkauf zu unterbinden und/oder diese zurückzurufen.

- Für den Fall, dass Nanosilber als Pestizid anerkannt wird, sicherzustellen, dass das Nanosilber gemäss den FIFRA-Anforderungen korrekt gekennzeichnet ist.
- Ihre FIFRA-Kompetenzen zu nutzen um [...] einen Grenzwert für Nanosilber gemäss dem Federal Food, Drug, and Cosmetic Act zu erlassen.

Auf der Webseite der EPA wird die Petition noch nicht kommentiert.

Quelle: Newsletter der Innovationsgesellschaft 4.6.2008, www.innovationsgesellschaft.ch;
Studien unter: *Nanotechnology Law Report May 2008*:
<http://www.nanolawreport.com/NanoLawReportMay2008.pdf>, International Center for Technology Assessment: <http://www.icta.org/nanoaction/doc/...>

Neue Fakten aus der Nationalen Verzehrsstudie

(3.6.2008) "Die Nationale Verzehrsstudie liefert zum ersten Mal einen wissenschaftlich fundierten Hintergrund für die Planung von Ernährungsstrategien für die Bevölkerung in Deutschland", sagte Prof. Gerhard Rechkemmer, Präsident des Max Rubner-Instituts, Bundesforschungs-institut für Ernährung und Lebensmittel. Der 2. Teil der Auswertung der Nationalen Verzehrsstudie NVS II, für die insgesamt fast 20.000 Menschen im ganzen Land intensiv befragt und großteils auch gewogen und gemessen wurden, bringt neue Informationen zu den Verzehrsgewohnheiten in Deutschland.

Neu sind unter anderem Aussagen zum Ernährungsverhalten der Menschen verschiedener Schichten, den regionalen Unterschieden, viele neue Details zur Nährstoff- und Mineralstoffversorgung sowie zum Verzehr der wichtigsten Lebensmittelgruppen. So unterscheiden sich die Essgewohnheiten der Bewohner der neuen Bundesländer im Vergleich zu den alten Bundesländern unter anderem durch den vergleichsweise hohen Verbrauch an Streichfetten. Bei den Frauen ist Brandenburg mit 31 g/Tag Spitzenreiter, bei den Männern Mecklenburg-Vorpommern mit 52 g/Tag. Am sparsamsten gehen die Frauen aus Nordrhein-Westfalen mit den Streichfetten um (17 g/Tag). Männer essen doppelt soviel Fleisch, Wurstwaren und Fleischerzeugnisse wie Frauen. Täglich essen sie 103 g davon. Bei Frauen landen täglich nur 53 g auf dem Teller. Zu Nahrungsergänzungsmitteln oder zu mit Nährstoffen angereicherten Medikamenten greift fast ein Drittel der Befragten - und das obwohl bei den meisten Vitaminen die mittlere Zufuhr den Referenzwerten der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entspricht oder diese sogar übersteigt. Im Alter von 35 bis 50 Jahren werden am meisten Supplemente eingenommen.

Das Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel, hat seit 1. Januar 2008 die Nachfolge der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel übernommen. Der Namensgeber Max Rubner (1854-1932), Mediziner und Physiologe, legte mit seinen Arbeiten den Grundstein der heutigen Ernährungswissenschaft. Unter anderem schuf er mit seinen experimentellen Arbeiten über den Energiegehalt von Nährstoffen die Grundlagen für die heute noch gültigen Kalorientabellen. Das Max Rubner-Institut, mit seinen Standorten in Kiel, Kulmbach und Detmold sowie derzeit noch Münster und Hamburg, erhält den Status einer selbständigen Bundesoberbehörde und untersteht unmittelbar dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Geleitet wird das Max Rubner-Institut von Präsident Prof. Dr. Gerhard Rechkemmer. Forschungsschwerpunkte sind dabei die Bestimmung und ernährungsphysiologische Bewertung gesundheitlich relevanter Inhaltsstoffe in Lebensmitteln, die Untersuchung schonender, Ressourcen erhaltender Verfahren der Be- und Verarbeitung, die Mikrobiologie und Biotechnologie und die Qualitätssicherung pflanzlicher und tierischer Lebensmittel, auch die Untersuchung soziologischer Parameter der Ernährung sowie die Verbesserung der Ernährungsinformationen sind wichtige Teilaspekte.

Quelle: Pressemitteilung 3.6.2008, Max Rubner-Institut - Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel, www.mri.bund.de; Die Nationale Verzehrsstudie ist als Download verfügbar.

Wüsten Sonne als Lösung des Energieproblems?

(2.6.2008) Mit dem hochaktuellen Thema der globalen Energiekrise beschäftigt sich am 9. und 10.6.2008 der 1. Gießener Workshop zur Solarenergie-Partnerschaft mit Afrika (SEPA08). Zu der Tagung kommen Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachgebieten zusammen, um über Solarenergie-Erzeugung in der Sahara zu diskutieren. An der Justus-Liebig-Universität hatte sich bereits im Sommersemester 2007 eine interdisziplinäre Forschergruppe zusammengefunden. Ziel ist es, die Chancen und Probleme einer Energie-Partnerschaft Europas mit

Afrika auszuloten.

Schon heute verbraucht die Menschheit täglich eine Erdölmenge, die erdgeschichtlich in 1.000 Jahren gebildet wurde. Mit einer wachsenden Weltbevölkerung und gleichzeitig steigendem Pro-Kopf-Energieverbrauch - speziell auch in Ländern mit bisher unterdurchschnittlichem Energiebedarf wie Indien und China - wird sich das Problem noch verschärfen. Der Verbrauch fossiler Brennstoffe setzt so viel Kohlendioxid in die Atmosphäre frei, dass sich das Weltklima massiv verändern wird. In zahlreichen Regionen der Welt, unter anderem auch in Afrika, werden Migrationsströme von vielen Millionen Menschen, die der Dürre, dem Hunger oder den Überschwemmungen auszuweichen versuchen, die Folge sein. Diese "Naturkatastrophen" werden die Menschen nicht mehr als naturgegeben hinnehmen, sondern aller Voraussicht nach den Industriestaaten zur Last legen und Entschädigung verlangen.

Energiesparen und die Steigerung der Energieeffizienz sind wichtige kurzfristige Lösungsansätze, die von großer Bedeutung sind, aber alleine nicht ausreichen. Der Umstieg auf Kernenergie bietet ebenfalls keine Lösung des globalen Energieproblems, da etwa 13.500 neue Kernreaktoren überall auf der Welt gebaut werden müssten, um die fossilen Brennstoffe zu ersetzen. Wegen der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Gefahr terroristischer Anschläge, insbesondere in instabilen Regionen der Welt, würde ein konsequentes Ausbauen der Kernenergie ein hohes Sicherheitsrisiko darstellen. Die verstärkte Nutzung von Biomasse in großem Stil wird sehr schnell in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten und ist mit Blick auf den steigenden Hunger in der Welt nicht zu verantworten. Was bleibt, sind im Wesentlichen die Potentiale der Wind-, Wasser- und Solarenergie.

"Die Energiemenge, die unser 'Fusionsreaktor' Sonne an einem Tag innerhalb von sechs Stunden in die Wüstenregionen der Erde einstrahlt, entspricht dem Weltenergiebedarf eines ganzen Jahres", erläutert Prof. Dr. Michael Düren (II. Physikalisches Institut), einer der Organisatoren der Tagung. Ein kleiner Bruchteil der in die Wüste eingestrahlten Solarenergie könnte also die Energieprobleme der Welt lösen - wenn es gelingen würde, sie nutzbar zu machen. Mit solarthermischen Kraftwerken kann Solarenergie in der Wüste kostengünstig in Wärme und Strom umgewandelt werden, und es ist kein technisches Problem mehr, aus Anlagen in der Sahara rund um die Uhr den Strom für ganz Europa zu liefern. "Aus physikalischer Sicht gibt es in dem Sinne keine Energiekrise, solange die Sonne scheint", betont Prof. Düren.

Die Idee ist nicht neu, sie wird im Gegenteil seit 20 Jahren immer wieder diskutiert. Dennoch wurde ihre Umsetzung bis heute nicht ernsthaft vorangetrieben. Das lässt erahnen, dass es weniger technische Probleme waren, die die effiziente Nutzung dieser Ressourcen bisher verhinderten, als wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gründe, die dem Bau solcher Anlagen im Wege standen. "Historische und politische Belastungen, wie beispielsweise die Erinnerung an die Epoche kolonialer Ausbeutung, und die ganz aktuellen, gewaltsamen Auseinandersetzungen um Energieressourcen in Afrika, wie zum Beispiel die Ölförderung in Nigeria, spielen hier eine Rolle", sagt Prof. Dr. Winfried Speitkamp (Historisches Institut), der die Tagung zusammen mit Prof. Düren ins Leben gerufen hat.

Mit der Verschärfung der Energie- und Klimaprobleme wird die Nutzung der regenerativen Ressourcen aber für beide Kontinente immer dringender. Es ist das Ziel des Workshops, das Zusammenspiel der technischen Optionen und ihrer wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen eingehender zu analysieren, um so die Möglichkeiten einer für beide Seiten vorteilhaften, klimafreundlichen Energieversorgung ausloten zu können. "Eine Solarenergie-Partnerschaft zwischen Europa und Afrika sollte überdies nicht nur zur Lösung der Energieprobleme im engeren Sinne beitragen", betont Prof. Speitkamp. "Sie sollte darüber hinaus in der Lage sein, die zu erwartenden politischen und humanitären Probleme der Zukunft zu entschärfen. Mit unserem Workshop 'SEPA08' wollen wir dazu einen Beitrag leisten."

Quelle: Pressemitteilung 2.6.2008, Justus-Liebig-Universität Gießen, Infos und Programm unter:

www.physik.uni-giessen.de/dueren/sepa/

Müller: Umweltverbände müssen ihr Potenzial für eine nachhaltige Entwicklung stärker einbringen

(2.6.2008) Auf Einladung des Bundesumweltministeriums diskutierten am 2.6.2008 rund 30 Vertreter von Umweltverbänden den Entwurf der Bundesregierung zur Weiterentwicklung ihrer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Im Mittelpunkt dieses Fortschrittsberichts 2008 stehen die Themen "Klima und Energie" sowie "Schritte zu einer nachhaltigen Rohstoffwirtschaft". Die ganztägige Sitzung wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller, geleitet.

Bei der Eröffnung betonte Müller: "Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung rückt im Gegensatz zur heutigen (Un-)Kultur der Schnellebigkeit die langfristige gesellschaftliche Gesamtentwicklung wieder ins Zentrum des Handelns. Nachhaltigkeit ist die notwendige Antwort auf drängende globale Herausforderungen wie der abnehmenden Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe. Statt kurzfristig wirkendem Laborieren an Symptomen müssen wir dauerhaft funktionierende Lösungen finden, die sowohl die 'Gesundheit' der ökologischen Systeme und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, als auch die wirtschaftliche Stabilität garantieren. Wir stehen am Beginn einer erneuten großen Transformation."

Die Tatsache, dass Umweltthemen in den Mittelpunkt gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Debatten rückten, sollten die Umweltverbände aktiv zur Mitgestaltung sozialen Fortschritts nutzen, betonte Müller. Hierbei gehe es darum, in der Gesellschaft neue Anschlusspunkte für Umweltthemen zu suchen und sie so für die ganz alltäglichen wirtschaftlichen und sozialen Anliegen der Bürger zu öffnen. Müller verwies auf das Erfahrungswissen und die soziale Stärke der Umweltverbände, die sie bereits in ihrer Funktion als Plattformen für ehrenamtliche Tätigkeit und soziales Engagement, als Bildungsträger und Ausbilder beweisen. Dieses Potenzial müssten die Umweltverbände für die Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung - auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – stärker nutzen und ihre Rolle in der Gesellschaft stärken.

Quelle: Pressemitteilung 2.6.2008, www.bmu.de, Entwurf des Fortschrittsberichts unter www.dialog-nachhaltigkeit.de einsehbar. Bis zum 27. Juni sind Bürgerinnen und Bürger eingeladen, eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie einzureichen.

[Übersicht](#)

Zweite Station auf dem Weg von Bali nach Kopenhagen Klimaverhandlungen vom 2. - 13.6.2008 in Bonn

(2.6.2008) Auch nach Beendigung der UN-Naturschutzkonferenz bleibt Bonn für weitere zwei Wochen im Zentrum der globalen Umweltpolitik. In der Bundesstadt beginnt am heutigen Montag die zweite Verhandlungsrunde zur "Bali Roadmap". Dabei geht es um die Vorbereitung der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen, auf der über ein umfassendes Klimaschutz-Abkommen für die Zeit nach 2012 entschieden werden soll. Insgesamt werden in Bonn rund 1500 Vertreter aus Vertragsstaaten und Beobachter von Nichtregierungsorganisationen und Medien teilnehmen.

In der „Bali Roadmap“ hatte die Staatengemeinschaft im Dezember 2007 einen Fahrplan für umfassende Verhandlungen eines Klimaregimes für die Zeit nach 2012 vereinbart, dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls. Die Verhandlungen sollen auf der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 abgeschlossen werden. Verhandelt wird in zwei parallelen Strängen: der eine steht unter der Klimarahmenkonvention, der andere unter dem Kyoto-Protokoll. Dieser komplexe Aufbau ist erforderlich, da die USA das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben und Entwicklungsländer über ihre künftigen Beiträge zum Klimaschutzregime unter der Klimarahmenkonvention verhandeln wollen (siehe weiter unten).

Die zunehmend bedrohlicher werdenden Signale aus der Wissenschaft lassen keinen

Zweifel: Das künftige Klimaschutz-Abkommen muss die Weichen für eine „low carbon economy“ stellen. Industrieländer haben überwiegend zum Problem beigetragen. Sie müssen eine Führungsrolle übernehmen und ihre Emissionen absolut senken. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimawandel (IPCC) hatte in seinem 4. Sachstandsbericht im vergangenen Jahr errechnet, dass globale Emissionsminderungen von mindestens 50 Prozent bis 2050 und von 25 bis 40 Prozent für Industrieländer bis 2020 als ersten Schritt notwendig sind. Zusätzlich müssen die globalen Emissionen in spätestens 10 bis 15 Jahren auf einen Minderungspfad gebracht werden, um die von der EU vereinbarte Obergrenze von 2 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit einhalten zu können.

Dieses Ziel kann allerdings nicht allein durch Maßnahmen der Industriestaaten erreicht werden. Nötig sind auch zusätzlichen Aktivitäten der schnell wachsenden Schwellenländer. Sie müssen ihr Emissionswachstum gegenüber dem Trend deutlich senken. Dazu muss vor allem der Emissions-handel ausgebaut werden. Nur wenn Kohlenstoff einen angemessenen Preis hat, fließen die In-vestitionen in klimafreundliche Alternativen, in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien.

In der Arbeitsgruppe unter dem Kyoto-Protokoll (Ad Hoc Working Group on Further Commit-ments for Annex I Parties under the Kyoto Protocol, AWG KP) werden die künftigen Emissions-minderungsverpflichtungen von Kyoto-Industrieländern verhandelt. Diese Gruppe existiert bereits seit 2006. Auf Bali wurde beschlossen, für Industriestaaten Minderungskorridore von 25-40 Pro-zent bis 2020 gegenüber 1990 den weiteren Überlegungen zugrunde zu legen. In Bonn stehen technische Fragen der Ausgestaltung der Minderungsmöglichkeiten für Industriestaaten auf der Tagesordnung. Bei der letzten Verhandlungsrunde im April in Bangkok bestand Einigkeit, dass Emissionshandel, CDM und JI auch in der nächsten Verpflichtungsperiode genutzt werden sollen.

In der Ad hoc Arbeitsgruppe unter der Konvention (Ad Hoc Working Group on Long-term Coope-rative Action under the Convention, AWG-LCA) verhandeln die Staaten über die Emissionsminde-rungsbeiträge der Nicht-Kyoto-Industriestaaten, insb. der USA sowie über die Beiträge der Entwicklungsländer zu dem künftigen Klimaschutzregime. Weitere Verhandlungsthemen sind die Anpassung an den Klimawandel, Technologien zur Minderung und zur Anpassung sowie die In-vestitionen und die Finanzierung, die für dieses Regime erforderlich sein werden. Diese Gruppe wurde auf Bali eingerichtet und hat bei seiner ersten Verhandlungsrunde in diesem Jahr in Bangkok ihr Arbeitsprogramm festgelegt. In Bonn werden in drei Workshops zu den Themen Anpassung, Technologie und Finanzierung die Beiträge zum künftigen Klimaregime weiter konkretisiert.

Parallel zu den Verhandlungssitzungen tagen in Bonn vom 4.-13.6.2008 die beiden sog. Nebenorgane der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls (Subsidiary Body for Imple-mentation, SBI, und Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice, SBSTA). Die Neben-organe bereiten Entscheidungen für die Klimakonferenzen (Vertragsstaatenkonferenzen) vor und/oder verhandeln die detaillierte Umsetzung von Beschlüssen. In Bonn stehen u.a. auf der Agenda die weitere Ausgestaltung eines Arbeitsprogramms zu Anpassung, Technologietransfer und methodische Fragen wie die Einbeziehung von Kohlenstoffspeicherung in den CDM. Im August findet die dritte Verhandlungssitzung auf Arbeitsebene in Accra, Ghana, und vom 1.-12.12.2008 findet in Posen (Polen), die nächste Klimakonferenz statt. Auf ihr sollen die Verhandlungsergebnisse des ersten Jahres bilanziert und die Verhandlungsinhalte für das Jahr 2009 bestimmt werden.

Quelle: Pressemitteilung 2.6.2008, Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), www.bmu.de.

Übersicht

ÄRZTE OHNE GRENZEN fordert Reform der Nahrungsmittelhilfe, um Kinderleben zu retten

(2.6.2008) Angesichts des am Dienstag in Rom beginnenden Ernährungsgipfels der Vereinten Nationen drängt ÄRZTE OHNE GRENZEN auf die Einführung und den schnellen Ausbau von speziellen Ernährungsstrategien für Kinder unter zwei Jahren. Die Gesundheit dieser Kleinkinder ist besonders von steigenden

Nahrungsmittelpreisen bedroht. Die Kinder brauchen besonders energie- und nährstoffreiche Nahrungsmittel. Die bisherigen Hilfen, wie die Verteilung von angereichertem Mehl, konnten der anhaltenden Ernährungskrise bisher nicht begegnen. "Kinder werden die nährstoffreiche Nahrung, die sie brauchen, nur bekommen, wenn neue Ansätze eingeführt und dafür mehr Gelder bereit gestellt werden", sagte Daniel Berman von der Medikamentenkampagne von ÄRZTE OHNE GRENZEN.

"Es gibt eine gefährliche Doppelmoral", sagte Berman weiter. "Bei den derzeitigen Ernährungsprogrammen spielen Kosten eine größere Rolle als die besonderen Bedürfnisse kleiner Kinder." Schnell heranwachsende Kinder haben kleine Mägen und brauchen besondere Nährstoffe. Sie brauchen energie- und nährstoffreiche Nahrung, wie Milchprodukte, Eier, Fleisch oder Fisch. Die Qualität der Nahrung ist für diese Kinder ebenso wichtig wie die Menge. Es muss daher nicht nur die Versorgung mit Nahrung sondern die Versorgung mit Nährstoffen garantiert werden. Steigende Nahrungsmittelpreise werden das Problem der Mangelernährung zudem weiter verschlimmern. Familien können sich für Kleinkinder ausreichend nahrhafte Lebensmittel nicht mehr leisten.

Die herkömmliche Hilfe in Regionen mit anhaltenden Ernährungsproblemen enthält keine Nahrung speziell für kleine Kinder. Milchpulver wurde Ende der 80-er Jahre aus der Hilfe gestrichen, als das Überangebot an Milch zurückging. Seitdem erhalten Kinder angereichertes Mehl, ohne tierische Inhaltsstoffe. Eine Ernährung, die Kinderärzte für Kinder unter zwei Jahren nicht empfehlen.

"Die Entscheidungsträger müssen die Bedürfnisse der kleinen Kinder erkennen, die die Verletzlichsten sind", forderte Susan Shepherd, Beraterin für Ernährungsprogramme bei ÄRZTE OHNE GRENZEN. "Eine der entscheidenden Fragen für die kommenden Tage ist: Werden die Geber die Regularien so verändern, dass Nahrungsmittelhilfe künftig für Kleinkinder geeignete Nährstoffe enthält?" ÄRZTE OHNE GRENZEN fordert, die Nahrungsmittelhilfen entsprechend zu ändern und von Mangelernährung bedrohten Kindern energie- und nährstoffreiche Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass weltweit rund 178 Millionen Kinder mangelernährt sind. 20 Millionen dieser Kinder leiden unter schwerer Mangelernährung. Jedes Jahr sterben bis zu fünf Millionen Kinder unter fünf Jahren an Mangelernährung.

Nach Schätzungen von ÄRZTE OHNE GRENZEN erhalten nur drei Prozent der schwer mangelernährten Kinder die Behandlung, die sie bräuchten und die auch die Vereinten Nationen eigentlich empfehlen. ÄRZTE OHNE GRENZEN behandelte 2006 und 2007 mehr als 150.000 Kinder in 22 Ländern mit therapeutischen und ergänzenden Nahrungsmitteln.

Quelle: Pressemitteilung 2.6.2008, Ärzte ohne Grenzen, <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de>.

[Übersicht](#)





